

# So nicht!

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **151 (1985)**

Heft 9

PDF erstellt am: **03.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>



# Eindämmung chemischer Waffen auf dem Verhandlungswege?

Hauptmann Erwin H. Hofer

Die Bemühungen um Bannung chemischer Kampfstoffe in Konflikten reichen bis 1925 zurück («Genfer Protokolle»). Dennoch besteht die Drohung des Einsatzes solcher Waffen aus verschiedenen Gründen mehr denn je. Seit 1980 befasst sich die Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen intensiv mit diesem Problem. Die Crux ist auch auf diesem Gebiet die Frage der Verifikation eines Abkommens. Anzeichen positiver Entwicklungen sind vorhanden. Dennoch verläuft der Annäherungsprozess langsam. Sollte es tatsächlich einmal zu einem tauglichen Ächtungsvertrag kommen, wäre das ein ermutigender Präzedenzfall in der Eindämmung des Krieges. Dass an diesem sicherheitspolitischen Prozess auch die Schweiz – trotz des Handicaps fehlender UNO-Mitgliedschaft – interessiert ist, wird offenkundig.

Dieser Text ist als persönliche Meinungsäusserung und nicht als Stellungnahme des Verfassers als Angehöriger des Schweizerischen Diplomatischen Dienstes zu betrachten.

## 1. Der Stellenwert von Verhandlungen in ihrem politisch-militärischen Umfeld

Während die Probleme der chemischen Kriegführung in den siebziger Jahren nur eine relativ geringe internationale Aufmerksamkeit fanden, hat dieser Bereich der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dies geht auf eine Reihe von politisch-militärischen Faktoren zurück: Entgegen anderslautenden emotionalen Befürchtungen haben sich die Risiken eines direkten nuklearen Schlagabtausches zwischen den beiden grossen militärischen Blöcken in Europa weiterhin verringert. Als Folge davon rückten die Fragen einer bewaffneten Auseinandersetzung mit konventionellen Mitteln wieder stärker in den Vordergrund. Sollten sich zu einem späteren – heute noch keineswegs absehbaren – Zeitpunkt die Pläne der Vereinigten Staaten zur Aufstellung eines Weltraum-Abwehrsystems gegen interkontinentale Nuklearwaffen tatsächlich verwirklichen lassen, würde sich insbesondere für Europa der Stellenwert konventioneller Waffen nochmals markant erhöhen. Das auf unse-

rem Kontinent vorherrschende quantitative Ungleichgewicht konventioneller Mittel birgt daher den Keim einer wesentlichen regionalstrategischen Instabilität in sich – könnte sich doch der Nutzniesser dieses Ungleichgewichts in einer schweren Krise dazu verleiten lassen, diese Mittel nicht nur politisch, sondern auch militärisch auszunützen.

Die Veränderungen im Bereich der chemischen Kriegführung sind mit diesen Entwicklungen unmittelbar verknüpft, hängen doch die Einsatzkonzepte der C-Waffen von den Geschehnissen auf konventioneller Ebene ab. Im Zuge der Debatten über die französische Nuklearstreitmacht entwarf beispielsweise der ehemalige General Coppel ein Szenario, in welchem chemische Kampfmittel dazu dienen, im Rahmen eines ausschliesslich konventionellen Angriffs in Europa die Nuklearschwelle der Verteidiger zu unterlaufen.

Diese strategischen Zusammenhänge schlugen sich in den letzten Jahren in der Bereitstellung wachsender Mengen chemischer Kampfmittel nieder. Wie auf anderen militärisch heiklen Gebieten sind allerdings diesbezüglich öffentlich zugängliche Informationen nur beschränkt verfügbar. Bekannt ist auf alle Fälle, dass die Vereinigten Staaten ihre C-Waffen-Produktion im Jahre 1969 einseitig eingestellt haben. Als Folge von Überalterungen haben sich

## ASMZ Editorial

### So nicht!

Kaum hat eine Mehrheit von Radiohörern die ärgerliche Palmsonntag-Sendung mit der Hass-Predigt und die hundstägliche Insult-Tirade gegen das Staatsoberhaupt einer befreundeten Demokratie verwerkt, rüstet Radio DRS, Abteilung Wort, zu einer neuen Ideologie-Kampagne. Im Herbst soll nämlich im Sendegefäss «Aula» eine vierteilige Reihe zu je 50 Minuten ausgerechnet über die «Erziehung zum Frieden» ausgestrahlt werden.

Sicher lässt sich zu diesem Thema vieles und Ernsthaftes sagen, ergründen, bedenken und vertiefen. Zusammenhänge können deutlich gemacht werden. So etwa die aktive Friedenspolitik der Schweiz. Oder die friedenssichernde Funktion der schweizerischen Gesamtverteidigung. Denn die Symbiose traditioneller Neutralitätspolitik und moderner schweizerischer Sicherheitspolitik ist implizite Friedensstrategie und wirkt zurück als Friedenserziehung unseres Volkes.

Aber weit gefehlt! Ein Blick in das DRS-Drehbuch-Konzept belehrt über das Gegenteil. Dass man den Einstieg über Familie und Kindergarten sieht, ist zwar eine Möglichkeit. Will man unter dem Stichwort «Aggressivität» auch das Kriegsspielzeug behandeln, so wäre immerhin festzustellen, dass solches in der Schweizerfamilie eine untergeordnete Rolle spielt. Wäre da nicht realistischer, auf die Rolle der bewaffneten Kinder in den revolutionären Befreiungsbewegungen hinzuweisen?

Aber bereits unseren Primarschülern zu suggerieren, dass «Krieg immerwährendes Schicksal» sei, ist fragwürdig. Anhand schweizerischer Geschichte der jüngeren Zeit und unserer aktuellen Sicherheitspolitik liesse sich das Gegenteil nachweisen.

Ob sich in einem Gespräch mit jungen Leuten – «nach Zufallsprinzip aufgenommen» – erzieherische Erkenntnisse herausarbeiten lassen, dürfte eher bezweifelt werden.

In der dritten Sendung darf dann schliesslich die schweizerische Landesverteidigung zum Zuge kommen: Es soll nämlich über «Friedenssicherung in der Armee» gesprochen werden. Ein Novum, nicht wahr? Für den Normalschweizer ist die Armee (neben anderem) doch ein Instrument zur Sicherung des Friedens. Aber die vorge-



sehenen «Gespräche mit Rekruten» werden uns wohl eines besseren belehren. Die Debütanten werden kaum nach dem «Zufallsprinzip» ausgesucht werden. Denn wo prominente Vertreter(innen) der Friedensbewegung (die Namensliste verspricht einiges) mit von der Partie sind, wo das «Lied aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung» gesungen und «Zitate: Gewaltlose Theorie» vorgetragen werden sollen, bleibt in diesem Zeitblock für die Hauptsache nicht mehr viel Raum übrig.

In der letzten Sendung ist dann wenigstens noch ein kleiner Platz für die Komponente Aussenpolitik unserer GV reserviert. Das Alibi mit dem Departementschef darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Schwergewicht

– bei der «Spielszene: Gespräch über die Friedensbewegung»,

– beim «Gespräch mit dem christlichen Friedensdienst» (man lese und staune),

– beim «Vorstoss der Lausanner Frauen (Frauen für den Frieden zur Konfliktforschung) (Klein-Reportage)»

und abschliessend

– bei einer «Collage von Reden, Proklamationen usw. von einer Friedensdemonstration» liegen wird.

Da kommt also in einer Kultursendung einmal mehr allerhand diffuses und abstruses Friedensgedusel auf uns zu.

Die wirklichen Leistungen unserer bewährten schweizerischen Friedensstrategie werden, soweit sie nicht gänzlich totgeschwiegen werden können, mit einer Welle von alternativem Bla-Bla überspült.

**Schlimm an der Sache sind zwei Dinge:**

– Das Sichtbarwerden einer gähnenden **Bewusstseinslücke unserer Medienschaffenden in Sachen Friedensverständnis** und

– die **Dreistigkeit und Impertinenz**, mit welcher ein **realitätsfremdes, eindimensionales Friedensbild** dem Schweizer Bürger **aufoktroiyert** werden soll.

Müssen wir uns das gefallen lassen?

Wir schreiben dies jetzt, lange vor dem Sendetermin. Denn Hoffnung ist nicht verboten: Vielleicht hat man in der Programmdirektion von Radio DRS aus der immer deutlicher werdenden Verweigerungshaltung der Hörer doch etwas gelernt? fas

seither ihre einsatzfähigen Mittel verringert. Einzelne Schätzungen sprechen davon, dass heute den rund 100 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe auf amerikanischer Seite über eine Million Tonnen entsprechender Mittel auf seiten des Warschauer Paktes gegenüberstehen. Unter Hinweis auf dieses Ungleichgewicht versucht die Administration Präsident Reagens bereits seit anfangs der achtziger Jahre, vom Kongress die Bewilligung zur Wiederaufnahme der Produktion von C-Waffen zu erhalten. Trotz langwieriger Bemühungen vermochte diese Vorlage nicht alle parlamentarischen Hürden zu nehmen, da das Repräsentantenhaus im Gegensatz zum Senat die Finanzierung der Herstellung binärer Kampfstoffe regelmässig blockierte. Im vergangenen Juni hat sich jedoch insofern eine markante Trendwende abgespielt, als das Haus das Ende des sechzehnjährigen Finanzierungsmoratoriums beschloss, womit vom Dezember 1987 an grundsätzlich die Produktion von Nervengas wieder einsetzen kann.

Die geschilderten strategischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit den abrufbereiten C-Kampfstoffen dürfen in keiner Weise bloss als abstrakte Bedrohungsfaktoren auf hoher Führungsebene betrachtet werden, wie dies ab und zu hinsichtlich der Nuklearwaffen geschieht. Im Gegenteil lässt sich bei beiden Militärblöcken eine systematische material- und ausbildungsmässige Vorbereitung für die chemische Kampfführung beobachten, wobei die Streitkräfte des Warschauer Paktes teilweise bis hinunter auf Regimentenebene Einsatzmittel für C-Waffen besitzen. Vertreter von NATO-Staaten weisen denn auch darauf hin, dass sie in ihren Reaktionsmöglichkeiten stark benachteiligt seien, da gemäss der namentlich von den USA vertretenen Ansicht die beste Abschreckungsmethode zur Verhinderung von C-Einsätzen in der Verfügbarkeit ausreichender eigener Gegenmittel bestünde. Gemäss dieser Ansicht fällt den Schutzausrüstungen und Schutzverfahren zwar eine sehr wichtige, dennoch aber nur sekundäre Rolle zu, da dieselben lediglich die dissuasive Wirkung eigener C-Waffen erhöhten. Ungeachtet dieser Einschränkung haben sich in den letzten Jahren ebenfalls die Abwehrvorkehrungen stark vermehrt, wobei sich offenbar auch hier besorgniserregende Ungleichgewichte ergeben haben, da beim Warschauer Pakt unter anderem bedeutend mehr Spezialisten auf dem Gebiet des C-Schutzes sowie mehr Entgiftungssysteme vorhanden sind als auf der Gegenseite.

Neben den wachsenden Vorbereitungen für den Einsatz chemischer

Kampfstoffe und dem dadurch hervorgerufenen Zwang zum Eingreifen von Gegenmassnahmen sticht im politisch-militärischen Umfeld ein weiterer Faktor ins Auge, nämlich derjenige der horizontalen Proliferation und der Zunahme von behaupteten oder nachgewiesenen Fällen, in denen C-Mittel verwendet wurden. Nachdem der chemische Krieg vor siebzig Jahren auf den Schlachtfeldern bei Ypern begonnen hatte, gelang es bekanntlich während des Zweiten Weltkrieges, den Ausbruch von C-Kämpfen zu verhindern, obwohl zwölf der Konfliktparteien teilweise ausgedehnte C-Waffen-Bestände besaßen. Seit anfangs der achtziger Jahre ertönen nun aber in internationalen Gremien immer wieder Vorwürfe bezüglich des Einsatzes chemischer Mittel, wie etwa in Kampuchea, Laos, Eritrea und Afghanistan. Nachgewiesenermassen gelangten im anhaltenden Konflikt zwischen Iran und Irak mehrmals C-Kampfstoffe zur Verwendung – eine Tatsache, an deren objektiver Feststellung sich auf Gesuch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ja auch Oberst Imobersteg, Chef des AC-Schutzdienstes im EMD, beteiligt hatte.

Die Zunahme solcher Vorfälle beleuchtet die besonderen Tücken der chemischen Waffen, die – im Vergleich zu den atomaren Mitteln – relativ leicht zu beschaffen und einzusetzen sind. Gleichzeitig zeigen diese Geschehnisse aber auch, dass die Problematik der C-Kampfstoffe weit über die beiden grossen Militärblöcke hinausgreift und sich dadurch zu einem globalen Problem entwickelt hat. So geht es heute auch darum zu verhindern, dass durch C-Einsätze in der Dritten Welt Präzedenzfälle entstehen, die ein schrittweises Abbröckeln der politischen, völkerrechtlichen und militärischen Hemmschwelle gegen die chemische Kampfführung bewirken könnten.

Die Verhandlungen zur Eindämmung der chemischen Kampfführung stehen in einem engen Zusammenhang mit den beschriebenen Entwicklungen im politisch-militärischen Umfeld. Dies zeigte sich bereits bei der Ausarbeitung des Genfer Protokolles von 1925, das die Antwort auf die traumatischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bildete und dem heute mehr als 100 Staaten angehören. Nachdem dieses Protokoll den Zweiten Weltkrieg heil überstanden hat, vermag es die jetzigen Realitäten nicht mehr ausreichend zu erfassen. Es begnügt sich im wesentlichen mit einem Einsatzverbot für Giftgase im Krieg, währenddem Produktion, Besitz, Entwicklung und Weitergabe von C-Mitteln nicht berührt werden. Ferner sieht es